

Deutschland allein zu Haus

Die Außenpolitik der Bundeskanzlerin gefährdet die Interessen Deutschlands. Von der Euro-Krise über die EU-Reform bis zum Libyen-Konflikt setzt sie auf Konfrontation statt auf Einbindung **Ein Essay von Stefan Collignon**

Guido Westerwelle ist als Vorsitzender der FDP und als Vizekanzler zurückgetreten, fungiert aber weiterhin als Außenminister. Viele Beobachter halten ihn für inkompetent in diesem Amt. Doch das ist bei genauer Betrachtung nebensächlich. Die Außenpolitik wird von der Bundeskanzlerin vorgegeben. Angela Merkels Politik ist nicht nur inkompetent, sie verstößt auch gegen Merkels Amtseid, schadet sie doch der Bevölkerung und den langfristigen Interessen Deutschlands.

Über ein halbes Jahrhundert lang fußte die deutsche Außenpolitik auf dem einfachen und mächtigen Prinzip der Einbindung. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt wies wiederholt darauf hin, dass Deutschland mehr Nachbarländer hat als jeder andere europäische Staat. Deshalb könne man nur in Frieden leben, indem man sich entschlossen der Kooperation verschreibe und im Rahmen multilateraler Institutionen verbindliche Zusagen abgebe.

Schmidt war sich bewusst, dass nach nationalen Kriterien ausgerichtete Strategien überholt sind, wenn man in einer Welt agiert, die immer stärker von gegenseitigen Abhängigkeiten beherrscht wird. Daher entwarf er eine Strategie, die die drei Bereiche Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Militärstrategie vereinheitlichte. Die Ziele jedes Landes und jeder Gruppe von Ländern müssen Schmidt zufolge in allen Bereichen mit den anderen übereinstimmen.

Unglücklicherweise entwickelt sich Merkels Außenpolitik in die entgegengesetzte Richtung: Sie hat in der Libyen-Frage ihre europäischen und amerikanischen Partner verprellt. Sie hat die Euro-Krise verschärft, in dem sie den angeschlagenen Mitgliedsländern die Kreditkonditionen diktierte. Und sie hat innerhalb der Europäischen Union die Rückkehr zu nationaler Autonomie gefördert, was sich nicht nur in Finnland bemerkbar macht.

Ultimativer Beweis für die Unbeständigkeit war Deutschlands Entschluss, sich bei der Abstimmung im Uno-Sicherheitsrat zu enthalten, als es um eine Flugverbotszone in Libyen ging. Wie kann man sich, wie Merkel es tut, zu Werten wie Freiheit, Verantwortung und Menschenwürde bekennen und dann die Beteiligung verweigern, wenn die Partner diese Prinzipien verteidigen wollen?

Natürlich sind Fragen zu Krieg und Frieden die schwierigsten, vor denen ein Politiker stehen kann. Ich bin Europäer deutscher Abstammung und habe mich zeitlebens verantwortlich dafür gefühlt, dass meine Eltern und Großeltern den Krieg und das Massensterben nicht verhindern konnten. Aber dieses Erbe kann nicht bedeuten, für blinden Pazifismus einzutreten, sobald die Gefahr eines Völkermords besteht. Chamberlains Appeasement in München 1938 trug nichts zur Wahrung des Friedens bei. Es gibt Situationen, in denen militärisches Vorgehen unvermeidlich wird, soll die Würde des Menschen gewahrt werden.

Despoten oder Demokraten?

Doch es gibt ein noch pressierenderes Thema: Wo steht Deutschland – aufseiten der Despoten im Nahen Osten und der ehemaligen Kommunisten im Sicherheitsrat oder aufseiten seiner Partner in der Europäischen Union und der Demokraten Amerikas? Man fragt sich, ob 1990 wirklich die DDR der Bundesrepublik beigetreten ist, oder ob es andersherum war. Die strategische Bedeutung der demokratischen Revolution in der arabischen Welt ist so groß wie der Fall der Berliner Mauer. Die Revolution könnte Bewegung in den Nahostkonflikt bringen, der seit Jahrzehnten die internationalen Beziehungen vergiftet. Sie muss unterstützt werden.

Einbindung hätte bedeutet, dass Deutschland gemeinsam mit anderen demokratischen Nationen

innerhalb einer international legitimierten Operation seine Rolle als verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner übernimmt. Den Weg der nationalen Autonomie einzuschlagen verletzt dieses Prinzip und schadet Deutschlands langfristigen strategischen Interessen.

Auch bei der Schuldenkrise der Euro-Staaten spielte Deutschland keine besonders konstruktive Rolle. Mit ihren unverantwortlichen Diskursen und dem unkooperativen Verhalten im Vorfeld der Landtagswahlen hat Merkel die Finanzmärkte verrückt gemacht und die Zinsen für Staatsanleihen auf ein Niveau getrieben, das für einige Länder nicht tragbar ist.

Statt Einbindungspolitik zu betreiben, hat sie Griechenland und anderen mit dem Ausschluss aus der Euro-Zone gedroht. Anstatt zu erklären, dass es im langfristigen Interesse der deutschen Steuerzahler liegt, wenn man dafür sorgt, dass die südeuropäischen Länder nicht pleitegehen, hat sie ohnehin angeschlagenen Volkswirtschaften drastische Sparprogramme aufgezwungen. Das schürt die Stimmung gegen die Europäische Union und könnte letztlich die Krise noch verschlimmern, wenn die Staaten diese hohen Zinssätze nicht mehr bezahlen können.

Merkel hat nicht verstanden, dass innerhalb einer Währungsunion nationale Autonomie wirtschaftlicher Unsinn ist. Geld ist das gemeinsame Bindeglied, und wenn der eine verliert, gewinnt der andere. Die Lohnzurückhaltung und die Rücklagen der Deutschen haben den Boom der Mittelmeerstaaten finanziert. Nachdem im Süden die Blase geplatzt ist, glänzt natürlich der Norden mit Wachstum, denn wohin sollen die Spareinlagen sonst fließen? Mit deutscher Überlegenheit hat das wenig zu tun, es geht viel mehr um Arithmetik innerhalb einer Währungsunion. Deutsche Chauvinisten

Es passt nicht zum europäischen Projekt, wenn einzig Bundesratsbriefe als Messlatte gelten

Die Einsamkeit der Regentin: **Angela Merkel**, hier im Ehrenhof des Bundeskanzleramts, hat mit ihren Alleingängen in der Außenpolitik viele wichtige Bündnispartner verprellt

glauben jedoch, sie hätten das Recht, anderen Bedingungen vorzuschreiben. Politisch nachhaltig ist das nicht.

So wie es nicht tragbar war, dass die D-Mark Europa beherrscht, so wenig passt es zum Projekt der europäischen Integration, dass einzig Bundesratsbriefe als Messlatte für alle europäischen Staatsanleihen gelten. Einbindung würde bedeuten, eine echte Wirtschaftsregierung für die Euro-Zone zu gründen. Dieses Gremium würde demokratisch von allen betroffenen Bürgern kontrolliert und wäre imstande, eine schlüssige und integrierte Wirtschafts- und Finanzpolitik zu entwerfen.

Auf Thatchers Spuren

Wie vor ihr Margaret Thatcher hat Merkel eine neue EU-Strategie skizziert, die in klarem Widerspruch zu einem halben Jahrhundert der gemeinschaftlichen Integrationsmethode steht. Kritisiert werden sollten weniger ihre Absichten, die sie in schöne Worte zu gewandten pflegt („Wenn alle wichtigen Akteure – die Organe der Union, die Mitgliedsstaaten und ihre Parlamente – abgestimmt und komplementär in ihrer Verantwortung handeln, dann wird es gelingen, die großen Herausforderungen Europas erfolgreich anzugehen.“). Kritisiert werden sollen die utopischen Ideen und die fehlende Realisierbarkeit dieser Bekundungen.

In einer Europäischen Union mit 27 Mitgliedsstaaten, mit einem Binnenmarkt und einer Einheitswährung ist es aufgrund des Systems der politischen Anreize unmöglich, autonome Regierungen dazu zu bringen, „abgestimmt und komplementär in ihrer Verantwortung“ zu handeln. Dazu gibt es viel zu viele politische Bereiche, in denen einzelne Mitgliedsstaaten versuchen, sich auf Kosten der anderen Vorteile zu verschaffen. Seit den Zeiten von Aristoteles betonen Europas Philosophen, dass angesichts widersprüchlicher Wünsche der Einzelnen nur eine Regierung die langfristigen Interessen der Menschen vertreten kann.

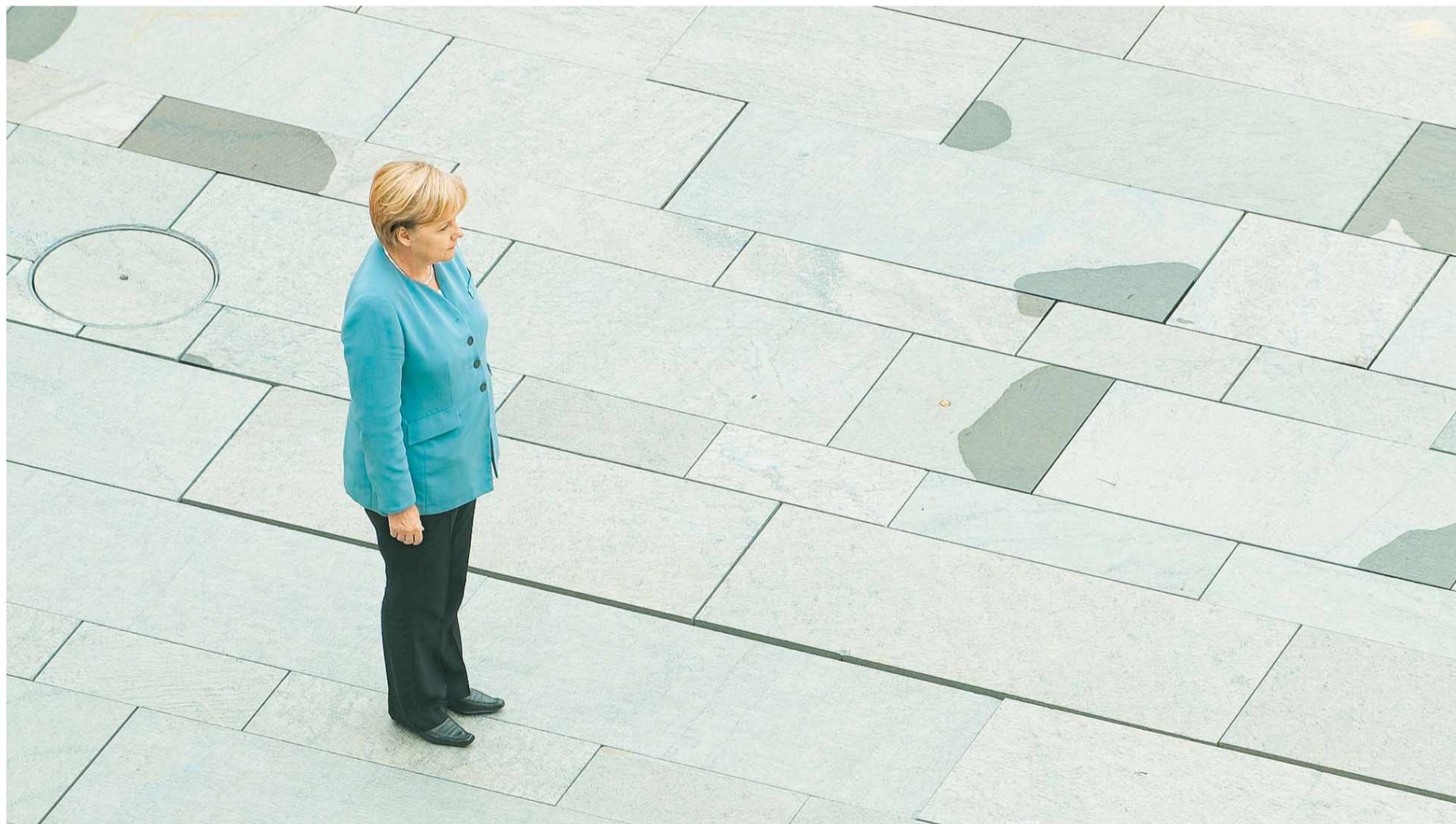
Einbindung heute muss bedeuten, dass Institutionen geschaffen werden, die im Kollektivinteresse aller Bürger Europas agieren. Niemand sollte mehr Interesse als Deutschland an einer demokratisch legitimierten Regierung für die Europäische Union haben.

Es ist an der Zeit, Merkels Strategie der Isolation über Bord zu werfen. Deutschland muss wieder eine Führungsrolle bei der Integration der Europäischen Union übernehmen. Spätestens seit Ende des Kalten Krieges ist die Einbindung Deutschlands in die EU wichtiger denn je. Zu einer schlüssigen Strategie gehört es, der Europäischen Kommission mehr politische Verantwortung für die Wirtschaft der Euro-Zone zu übertragen – und nicht dem Rat, in dem die Regierungschefs sitzen. Das Europaparlament muss stärker kontrollieren, die nationalen Parlamente dafür weniger. Für eine große Strategie für das 21. Jahrhundert muss die EU ausreichend militärische Mittel besitzen, um effektiv in strategische Konflikte eingreifen zu können. Es geht nicht, dass Länder sich um Ruhm streiten und Schuldzuweisungen austauschen.

Der unkontrollierbare Kaiser Wilhelm II. hat Deutschland in den Ersten Weltkrieg getrieben. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist jetzt zu einem großen Risiko für die europäische Integration geworden. Ihre Politik bedroht die Grundlage, auf der der Frieden in Europa aufbaut. Es ist an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen.



Stefan Collignon ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa und Gastprofessor an der Universität Hamburg. Er setzt sich für eine demokratisch gewählte Regierung auf europäischer Ebene ein.



ULRIKE SOSALLA DIE GUTEN INS TÖPFCHEN



So die Regierung überhaupt von Einwanderern redet, dann über hoch qualifizierte. Das wird schiefgehen

Politiker sind fast wie normale Menschen. Und deshalb tun sie manchmal einfach das, was am bequemsten ist. Vor allem bei unangenehmen Themen wie dem, das früher einmal Ausländerpolitik hieß, heute aus Gründen der politischen Korrektheit aber umständlich als Migrations-, Integrations- und Zuwanderungspolitik firmiert. Bei so einem Thema kann man es niemandem recht machen, also wählt man den einfachsten Weg: gar nichts tun. Doch das schafft nur neue Probleme.

Die Wissenschaftler des Sachverständigenrats Migration frohlockten kürzlich, weil die Hälfte der Deutschen in einer Umfrage offen war für qualifizierte Zuwanderung und sogar für eine Aufnahme von mehr Flüchtlingen. Das sei doch schon mal eine gute Grundlage für eine rationale Migrationspolitik. Den durchschnittlichen Politiker einer Volkspartei freut das gar nicht, bei ihm gehen die Alarmglocken an. 50 Prozent dafür bedeutet auch, dass 50 Prozent dagegen sind. Bei diesem Thema heißt das: entschieden dagegen. Egal, was man tut, die Hälfte wählt einen nicht mehr.

Belanglos bis wolkig

Was also tun? Die Bundeskanzlerin gab vergangene Woche einen verklausulierten Hinweis: „Integration“, sagte sie bei einer Preisverleihung,

„bleibt eine Schlüsselaufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“ Damit ist das Niveau der Debatte klar vorgegeben: belanglos bis wolkig.

Die zugehörige Strategie heißt: aktives Nichtstun. Große Worte, und dann erst mal eine Kommission einsetzen. Ach, was sage ich, Kommission, am Dienstag trat erstmals die „hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung“ zusammen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, hochrangige Konsensgruppe, das ist Nichtstun de luxe.

Und während der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich die Beziehungen zu den deutschen Muslimen ungestraft um Jahre zurückwerfen darf, soll die hochrangige Konsensgruppe sich um neue, hoch qualifizierte Zuwanderer kümmern. Wir haben gelernt, suggeriert diese Strategie. Diesmal holen wir die richtigen Ausländer. Und dann wird alles gut. Das ist, gelinde gesagt, ein fortgeschrittenes Stadium von Selbstbetrug.

Das fängt schon bei der Grundannahme an. Wenn wir jetzt die richtigen Migranten anlocken wollen, dann haben wir in den 60er- und 70er-Jahren die falschen geholt. Deren geringes Bildungsniveau, so diese Lesart, ist schuld an den Integrationsproblemen. Damit ist die Verantwortung bequemlicherweise recht einseitig verteilt.

Diese Lesart unterschlägt, dass die Zuwanderer in ein deutsches Schulsystem kamen, das bestehende soziale Unterschiede verfestigt, statt sie zu lindern. In eine Gesellschaft, der die Politik jahrzehntelang einredete, die Neukömmlinge würden bald wieder gehen. In Städte, die der Ghettobildung lange Zeit tatenlos zusahen. Sie unterschlägt, dass die zweite Generation der Türken und Araber sich leichter einlebte als die dritte, weil sie noch nicht in Vierteln lebten, in denen sie ihren Alltag problemlos ohne Deutschkenntnisse bewältigen können.

Pflegeleichte Fremde gesucht

In diese Gemengelage hinein jetzt eine neue Runde Zuwanderer bitten zu wollen, ohne die Probleme anzugehen, ist mutig. Oder realitätsfremd. Auf jeden Fall keine gute Idee.

Wer glaubt, dass man einfach nur die richtigen Migranten holen muss, der glaubt auch, dass in Deutschland ruhig alles so bleiben kann, wie es ist: das Schulsystem, die Ghettobildung, die unangegorenen, unterfinanzierten Integrationsprojekte in Brennpunktvierteln, die latente Abneigung einer halben Gesellschaft gegen alles Fremde. So einfach ist die Sache aber nicht. Denn die alten, falschen Migranten bleiben ja ohnehin hier.

Und die neuen, richtigen erweisen sich möglicherweise als weniger pflegeleicht als gedacht. Auch sie werden Familien mitbringen, auch sie werden Fremde sein, die eine andere Kultur, Sprache, Lebensweise mitbringen. Das alles ist nicht plötzlich nebensächlich, nur weil jemand Abitur hat und vielleicht auch noch ein Informatikstudium.

Der Unterschied ist: Wer das Informatikstudium hat, kann wählen. Und als Land, das gewählt werden will, hat Deutschland noch ein ganzes Stück Arbeit vor sich. Der Integrationsindex von British Council und Migration Policy Group, der 31 Industrieländer vergleicht, sieht Deutschland auf dem zwölften Platz. Note: einigermaßen integrationsfreundlich. In den USA hat schon die Tatsache, dass das Land in dem Index auf den neunten Platz abgerutscht ist, eine Debatte ausgelöst, ob die begehrten Fachkräfte dann künftig noch kommen werden.

Ohne neue Zuwanderer hat Deutschland ein Fachkräfteproblem mehr, aber zumindest ein Integrationsproblem weniger. Oder besser: nur das alte Problem. Das aber wenigstens ganz bequem.

E-Mail sosalla.ulrike@guj.de

Ulrike Sosalla ist Kommentarchefin der FT. Sie schreibt jeden zweiten Freitag an dieser Stelle.